

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Edsch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Albstadt

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten in der 50. Woche vom 8. Dezember bis 14. Dezember 1 Billion M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M., Einzelnummer 200 Milliarden M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Zahrlieferung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 8 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Reklamereihe 30 Pf., die 30 mm breite Reklamereihe 150 Pf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Pf., Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 289

Dresden, Donnerstag den 13. Dezember 1923

34. Jahrg.

Die Not des Reiches

Heran an die Ueber-Raffes!

Zeit einigen Wochen ist es dem Reich gelungen, mit Hilfe der neuen Rentenmark die Notensituation zum Stillstand zu bringen. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß die Wirtschaft, die das Verlangen der Papiermark vollständig zu zerstören drohte, wieder in Gang kommt. Unendlich viel hängt für das deutsche Volk davon ab, daß die Stabilisierung unter Geldes für die Dauer aufrechterhalten werden kann. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Rentenmark nicht mehr in Bewegung gesetzt zu werden braucht, um die Ausgaben des Reiches zu decken. Wird der Rentenmarkumlauß über die vorgesehene Summe von 2400 Millionen vernehmt, so muß die Rentenmark ebenso in den Abgrund gleiten, wie die Papiermark.

Augenblicklich aber sind Reich, Staat und Gemeinden in ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten. Es zeigt sich jetzt erst so richtig, wie sehr durch die Mißwirtschaft der Regierung Cuno die Finanzen des Reiches verwüstet wurden. Infolge der schnell fortschreitenden Geldentwertung wurden fast alle Steuern für das Reich nutzlos. Ehe das Geld aus der Tasche des Steuerzahlers in die Reichskasse floss, war es vollkommen entwertet. Trotz allen Mahnungen der Sozialdemokratie hat man sich viel zu spät zu dem Versuch entschlossen, die Steuern der Besitzenden der Geldentwertung anzupassen. Wäre man hier dem Drängen der Sozialdemokratie nach Erfassung der Sachwerte gefolgt, so wäre schon längst eine Stabilisierung der Währung möglich gewesen, die der deutschen Wirtschaft eine Erholungspause gewährt hätte. Aber die bürgerliche Mehrheit des Reichstages, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, hat sich immer schüchtern vor die „Substanz der Besitzenden“ gestellt.

Jetzt ist die Reichsregierung in der größten Not. Dem Reich steht zur Deckung seines Defizits für die Uebergangszeit ein Rentenmarkkredit von 1200 Millionen zur Verfügung. Aber von diesem Kredit ist ein großer, wahrscheinlich schon der größte Teil ausgebraucht. Mit allen Mitteln versucht das Reich, seine Ausgaben zu drosseln. Die Beamtengehälter wurden so festgelegt, daß in den nächsten Monaten bei der großen Mehrzahl der Beamten der blanke Sack zu Gast sein wird. Die Erwerbslosenunterstützungen sind so gekürzt, daß Hunderttausenden der Hungertod droht. Aber das alles genügt nicht, um den Reichshaushalt zum Ausgleich zu bringen, wenn nicht recht schnell und recht bald genügend Einnahmen geschaffen werden. Die Reichsregierung ist an der Arbeit, um die Steuererträge zu erhöhen. Die Vorauszahlung für die Einkommensteuer, die erst im Januar fällig war, muß schon im Dezember geleistet werden. Eine Anzahl von Plänen zur Umarbeitung der bestehenden Steuern ist in Vorbereitung. Aber infolge der überstürzten Steuererhöhungen in den vergangenen Jahren, bei der man sich nie zu gründlicher Arbeit entschloß, herrscht auf dem Steuergebiet ein Wirrwarr, durch den sich nur ganz wenige Leute zurechtfinden dürften. Die Finanzämter sind so überlastet, daß die ordnungsgemäße Steuererschöpfung überhaupt nicht mehr möglich ist. Man muß, wenn man überhaupt Steuern in größerem Umfang zu ziehen bringen will, zu veralteten und ungerechten Methoden zurückgreifen. Dadurch muß natürlich der Ertrag der Steuern stark beeinträchtigt werden.

Auch die allgemeine Verarmung unsers Volkes muß die Steuererträge stark vermindern. Die wenig steuerkräftige große Mehrzahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter ist, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Aber auch ein großer Teil der früher Besitzenden ist heute in tiefste Armut herabgesunken. Diejenigen, die ihr Geld in fest verzinslichen Papieren angelegt hatten, können ihre Studien mit ihrem „Vermögen“ tapezieren. Aber auch den Vorständigen, die rechtzeitig Aktien für ihr Geld gekauft haben, wird ein Blick auf den Kurszettel zeigen, daß ihnen nur ein Bruchteil ihres Vermögens geblieben ist. Verdient hat nur eine verhältnismäßig geringe Schicht von Leuten, die es verstanden hat, die Inflationszeit rücksichtslos auszunutzen, die jetzigen, die Zugang zu dem billigen Papiermarkkredit der Reichsbank haben, die sich mit Hilfe billiger Kredite Sachwerte oder Devisen kauften und dann ihre Schulden in ganz entwertetem Gelde zurückzahlten. Die Aussicht, daß dem Reich so schnell wie notwendig genügend Steuereinnahmen zur Deckung seiner Ausgaben zustießen, ist nicht allzu groß.

Das Kabinett Marx denkt jetzt daran, Hilfe im Ausland zu suchen. Oesterreich ist mit ausländischer Hilfe sanierter worden, aber für Deutschland wird es schon aus dem Grunde sehr schwer sein, genügend finanzielle Hilfe vom Ausland zu bekommen, weil wir viel größere Summen brauchen als das kleine Oesterreich, und außerdem würde es dabei nicht abgehen, ohne daß wir uns einer für das deutsche Volk schwer erträglichen Finanzkontrolle unterwerfen. Um so notwendiger ist es, daß wir in Deutschland selbst vor keinem Eingriff zurückzureden, der geeignet ist, der Not des Reiches und des Volkes abzuhelfen. Man spricht jetzt wieder von der Notwendigkeit eines Eingriffes in die Substanz. Worte, die wir schon sehr oft gehört haben, ohne daß man jemals ernst machte. Jetzt ist wirklich die höchste Zeit zur Erfassung der Sachwerte, und zwar nicht nur bei den häßlichen Miethäusern, sondern bei dem industriellen und agrarischen Großbesitz. Mit Hilfe der Erfassung der Sachwerte und der Verwertung des so erhaltenen Wertes wäre es zweifellos möglich, im Ausland Kapitalien für Deutschland flüssig zu machen, die es uns erleichtern würden, über die nächsten Monate hinwegzukommen.

Dann aber vor allen Dingen: heran an die Riese-gewinne der Inflationsgewinnler. Fast täglich lesen wir, daß Stinnes irgendwo im Ausland sich an einem großen Unternehmen beteiligt, daß er irgendwo wieder eine neue Gesellschaft gründet, ein Beweis dafür, über welche ungeheure Kapitalkraft dieser Mann verfügen muß, und neben Stinnes stehen die Thyssen, Klöckner, Wolf und andre Industriemagnaten und Bankherren, die gemeinsam über ein Vermögen von vielen Hundert Millionen Goldmark verfügen. Hier könnte zugegriffen werden. Wenn man z. B. bestimmt, daß jeder, der über ein Vermögen von mehr als einer Million Goldmark verfügt, die Hälfte davon dem Reich abzugeben hat, so wäre uns wahrscheinlich sehr viel geholfen. Eine derartige Maßnahme wäre ohne jede Störung der Wirtschaft durchführbar.

Das Vermögen der Kapitalmagnaten befindet sich zum größten Teil in der Form von Aktien, und für die Betriebe macht es nichts aus, ob sich die Aktien in den Händen der Stinnes, Thyssen, Klöckner usw. oder im Besitz des Reiches befinden. Im Gegenteil, es wäre von größtem Nutzen für das deutsche Volk, wenn endlich das Reich am Besitz unserer Riesenunternehmungen beteiligt würde, damit es auf deren Geschäftsbereichen Einfluß erhält. Hier wäre der Regierung Marx, der ja das Ermächtigungsgesetz die nötigen Vollmachten gibt, Gelegenheit gegeben, eine Lat zu vollbringen, die den Verfall der großen Mehrheit des deutschen Volkes bräute, die ihr Ansehen und ihre Autorität ungeheuer festigen würde. Aber was reden wir. Klaut jemand ernsthaft, daß eine Regierung, der so viel Vertrauensleute des Großkapitals angehören, einen derartigen Angriff auf den Geldsack der Kapitalgewaltigen wagen wird. Hier läßt man die Massen des deutschen Volkes in Not und Elend versinken.

Um so notwendiger ist es, daß sich die Massen regen, daß jeder Proletarier sein Möglichstes tut, um unsre wirtschaftlichen und politischen Organisationen zu stärken, damit wir erkämpfen können, was die Kapitalistenklasse freiwillig dem deutschen Volke niemals geben wird.

Ein Hilferuf der Reichsregierung

Die Reichsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen einen Aufruf an das Ausland zu richten, um der Welt zu sagen, daß Deutschland am Ende seiner Kraft angelangt ist. Zuvor will die Reichsregierung von sich aus noch „das Letzte“ versuchen.

Gegen den Hunger in Sachsen

Der Landesausschuß Sachsen der Internationalen Arbeiterhilfe hält am Mittwoch in Dresden eine Sitzung ab, zu der Einladungen an alle sozialen Verbände und Vereine, an die Kerkerschaft, an die Wirtschaftsbereinigungen, an den Verein Arbeiterwohlfahrt in Sachsen usw. ergangen waren. Der Vorsitzende, Genosse Tempel, Freiberg, begrüßte die Versammelten. Dann sprach der Vertreter des Berliner Zentralausschusses, Scholz, über Zweck und Ziele der Internationalen Arbeiterhilfe, die im Jahre 1921 aus Anlaß der Hungerkatastrophe in Rußland ins Leben gerufen wurde. Nun ruft die I. A. H. auch für Deutschland um Hilfe auf. Während die bürgerlichen Kreise in Amerika eine Hilfeleistung für Deutschland abgelehnt haben, weil es hier noch weite Kreise gebe, die wenig oder gar nichts zur Bekämpfung des Elends der eigenen Volksgenossen getan haben, die zusehen, wie das Volk verkommt und verhungert, ist der Hilferuf an das internationale Proletariat nicht ungehört verhallt. Schon nach dem ersten Aufrufe seien Hunderttausende von Dollar eingegangen, so daß man hoffen dürfe, daß es gelingen werde, die leidenden Schichten der werktätigen Bevölkerung und des Mittelstandes zu retten. Es werde voraussichtlich auch gelingen, einige Hunderttausend deutscher Kinder im Auslande unterzubringen. Die französische Regierung habe allerdings die Erlaubnis zur Entreise von 200 deutschen Kindern verweigert, entgegen den Wünschen der Pariser Arbeiterhilfe. Die Internationale Arbeiterhilfe lasse sich auch die Errichtung von Küchen anlegen sein. In Bittau und Leipzig seien solche bereits in Betrieb genommen, in Dresden und andern sächsischen Städten würde dies nächstens geschehen. In Berlin habe die Arbeiterhilfe bereits 50 Küchen errichtet. Sollen die Mittel aus dem Auslande aber weiter fließen, sei es unbedingt nötig, daß sich das deutsche Volk nach Kräften selbst helfe. Nach Mitteilungen aus Rußland seien dort überall Selbsthilfekomitees gegründet und bereits einige Hunderttausend Goldrubel gesammelt.

Frau Salinger berichtete über den Berliner Weltkongreß „Hunger in Deutschland“ am 9. Dezember und stellte dabei fest, daß der Aufruf des Grafen Westarp im Reichstage, daß das deutsche Volk bei gefüllten Scheunen verhungere, außerordentlich schädigend im Ausland gewirkt hat, weil man dort erst dadurch darauf aufmerksam gemacht worden ist, wo die wirklichen Gründe der Hungerkatastrophe liegen. Deshalb müsse man verlangen, daß der deutsche Reichstag gleiche tut, was man von dem internationalen verlangt. Notwendig sei weiter, daß der Feldzug gegen den Hunger organisiert wird. Es behürde der vereinten Kräfteanstrengung, um unser Volk aus der Behärdung herauszubringen. Ein hungriges Volk sei revolutionär, aber ein verhungertes Volk werde stumpf und gleich-

Am Donnerstag geht dem Reichskabinett die zweite Steuernotverordnung des Reichsfinanzministeriums zur Beratung zu, die anschließend den Ueberwachungsaußschuß des Reichstages beschäftigen wird. Diese Steuernotverordnung soll nach Mitteilung von zuständigen Stelle eine schwere Belastung der Besitzenden bringen. Eine dritte Steuernotverordnung, die ebenfalls im Entwurf fertiggestellt ist und angeblich einen Eingriff in die Substanz vornimmt, soll dann die „allerhöchsten“ Steuerlichen Möglichkeiten erschöpfen. Eine Erhöhung des Rentenmarkkredites erklärt die Regierung für unmöglich, weil damit der einzige Lichtschimmer in dieser trostlosen Zeit, die durch die Rentenmark erzielte stabile Währung, erlöschen würde. Der Kredit des Reiches bei der Rentenbank ist bereits so stark angespannt, daß das Reich nicht mehr imstande ist, seine Dezemberausgaben zu bestreiten, wenn ihm nicht noch im Laufe dieses Monats nennenswerte Einnahmen zufließen.

Das Kabinett Marx will sich im übrigen nach Mitteilung seines Chefs vor Pressevertretern weiterhin bemühen, gestützt auf den inneren Sanierungsversuch, im Auslande Kredite zu erhalten und die Fäden weiterzuspinnen, die vom Kabinett Stresemann begonnen worden sind. Ueberhaupt soll die Außenpolitik des Kabinetts Marx keinen grundsätzlichen Unterschied aufweisen zu der der Regierungen Stresemann und Wirth, deren außenpolitisches Ziel grundsätzlich dasselbe sei. Die neue Regierung will alles daran setzen, um mit den Regierungen der Entente an den Verhandlungstisch zu kommen und als gleichberechtigte Mitglieder einer Völkervereinigung behandelt zu werden. Die wichtigste Frage, deren Erledigung sie sich dabei zum Ziele gesetzt hat, ist die Lösung des Rhein- und Ruhrproblems und die Befreiung der rheinisch-westfälischen Bevölkerung von der Besatzung. Ueber die Art der Erledigung soll im Kabinett Uebereinstimmung herrschen. Die Regierung ist dabei entschlossen, in ihren Opfern für das besetzte Gebiet bis zum Äußersten zu gehen. Von einem besonderen Gehalt des Arbeitgebers und Arbeitnehmers zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge verpflichtet, hat die Regierung Abstand genommen, nachdem auf dem Verhandlungswege 20 Prozent der Beträge bereits aufgebracht worden sein sollen. Die Regierung will versuchen, die notwendigen Mittel auf anderem Wege flüssig zu machen, zumal sich auch die Länder, nicht zuletzt Preußen, bereit erklärt haben, ihren Pflichtanteil besser aufzubringen wie bisher. Auch die Gemeinden sollen schärfer als bis jetzt angehalten werden, die restlichen zwei Fünftel aufzubringen. Die ursprünglich vorgesehene Summe von 840 Gehaltsmillionen ist schon stark aufgebraucht, so daß zur Zeit für die produktive Erwerbslosenfürsorge voraussichtlich nur noch ein Betrag in der Höhe von 40 bis 50 Millionen Mark zur Verfügung steht.

gültig und dazu dürfen es wir auf keinen Fall bei uns kommen lassen.

Es folgte eine längere Aussprache, die hauptsächlich dadurch charakterisiert wurde, daß Geheimrat Arnhold einen Passus des vom Vorstand vorgelegten Aufrufs als zu allgemein gehalten und ungewisshaltig beanstandete, in dem die Gleichgültigkeit und Selbstsucht gewisser Schichten der Besitzenden Kreise in Deutschland gebührend markiert wurde, ein Vorwurf, der allerdings dem Geheimrat Arnhold persönlich nicht trifft. Die übrigen Debattierenden, darunter auch führende Genossen, hielten aber diesen dem Reich gemachten Vorwurf für durchaus begründet, wenn auch zugegeben werden könnte, daß es auch in diesen Kreise, sozialdenkende Menschen gebe.

Schließlich wurde der

Aufruf

in folgender Form einstimmig beschlossen:

„Ueber 5 Millionen Kurzarbeiter und Erwerbslose sind in Deutschland. Not und Hunger regieren. Der Hunger schlägt durch die Großstädte die alten Männer und Frauen, er steht vor den Ausgängen der Theater und Banken, auf den Treppen der Bahnhöfe, preßt sich gegen die Scheiben der Bäderkabinen. Die Selbstmorde häufen sich in erschreckender Weise. Das industrielle Sachsen leidet mit am schwersten. Tuberkulose und Unterernährung beglücken die Bevölkerung. Die Älteren sind überfüllt.“

Der Hunger läuft mit den Kindern in die Schule, klettert ein in die Arbeitstuben der Gelehrten, in die Werkstätten der Künstler, macht den wissenschaftlichen Forscher zum Bureaugehilfen, den Bildhauer zum Adressenschreiber, den Arzt zum Scheitler. Der Lohn des Arbeiters reicht kaum aus, um nur das trockene Brot für seine Familie zu kaufen. Die sozialen Fürsorgestellen in Deutschland brechen zusammen.“

Der gegenwärtige Augenblick aber fordert für die untergehenden Bevölkerungskreise gebietend unmittelbare Hilfe. In dieser Stunde der größten Not erhebt der Landesausschuß Sachsen der Internationalen Arbeiterhilfe, zusammengesetzt aus Vertretern aller Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten, seinen Ruf.

Er betrachtet es als die erste Pflicht des Staates, alle seine Nachmittels darauf zu verwenden, Nahrung, Kleidung und Wohnung für die bedrohte Bevölkerung zu beschaffen. Der Staat muß mit festem Griff zupacken und dem volkshädigsten und verbrecherischen Treiben gewissenloser Wucherer und Lebensmittelspekulanten ein rasches Ende zu bereiten.

Staat und Gemeinden müssen sofort Räume zur Speisung zur Verfügung stellen und mit allen Mitteln die Selbst-